Freiheit statt Angst!

Der Überwachungswahn greift um sich. Staat und Unternehmen **registrieren, überwachen und kontrollieren** uns immer vollständiger. Egal, was wir tun, mit wem wir sprechen oder telefonieren, wohin wir uns bewegen oder fahren, mit wem wir befreundet sind, wofür wir uns interessieren, in welchen Gruppen wir engagiert sind – der „große Bruder“ Staat und die „kleinen Brüder“ aus der Wirtschaft wissen es immer genauer.

Nach den fehlgeschlagenen „Kofferbombenanschlägen“ in Deutschland stehen weiter **verschärfte Sicherheits- und Überwachungsbefugnisse** auf der politischen Agenda. Dabei bewirkt die zunehmende elektronische Erfassung und Überwachung der gesamten Bevölkerung

- **keinen verbesserten Schutz vor Kriminalität,**
- **kostet Millionen von Euro und**
- **gefährdet die Privatsphäre Unschuldiger.**

Wo Angst und Aktionismus regieren, bleiben gezielte und nachhaltige Maßnahmen zur Stärkung der Sicherheit ebenso auf der Strecke wie ein Angehen der wirklichen, alltäglichen Probleme der Menschen (z. B. **Arbeitslosigkeit und Armut**).

Hinzu kommt: Wer sich **ständig überwacht und beobachtet** fühlt, kann sich nicht mehr unbefangen und mutig für seine Rechte und eine gerechte Gesellschaft einsetzen. Es entsteht allmählich eine unkritische Konsumgesellschaft von Menschen, die „nichts zu verbergen“ haben und dem Staat gegenüber – zur vermeintlichen Gewährleistung totaler Sicherheit – ihre Freiheitsrechte aufgeben. Eine solche Gesellschaft wollen wir nicht!

Wir fordern:

1. **Weniger Überwachung**
2. **Bestehende Überwachungsgesetze auf den Prüfstand stellen**
3. **Stopp für neue Überwachungsgesetze**

Was Sie tun können:

1. **Überzeugen Sie Ihre Freunde**
2. **Schreiben Sie Ihren Abgeordneten**
3. **Engagieren Sie sich in einer Bürgerrechtsgruppe**

   Eine Liste von Bürgerrechtsgruppen finden Sie unter www.freiheit-statt-angst.de.

„Ich habe doch nichts zu verbergen“

Populismen zum Thema Überwachung richtig gestellt

„Ich habe doch nichts zu verbergen“ – Warum sollte ein rechtschaffener Bürger etwas zu verbergen haben? Ganz einfach: Es gibt Dinge, die den Staat nichts angehen. Jeder Mensch hat eine Privat- und Intimsphäre, die auch im Grundgesetz und der Europäischen Menschenrechtskonvention rechtlich festgeschrieben ist. Wenn Sie nichts zu verbergen haben, warum schließen Sie dann die Toilettentür hinter sich? Warum zeigen Sie nicht jedem Ihre Kontoauszüge, Ihre Telefonabrechnung oder erzählen ihm Ihre gesamte Lebensgeschichte? Wer wirklich meint, nichts zu verbergen zu haben, soll gerne in einem „Big Brother“-Container leben – bloß soll er anderen Menschen nicht vorwerfen, ihre Geheimnisse für sich behalten zu wollen. Außerdem: Wer sich nichts vorzuwerfen hat, braucht auch nicht überwacht zu werden.

„Ich habe aber Angst vor Terror, davor muss der Staat mich schützen“ – Ein starker und demokratischer Rechtsstaat geht entschlossen gegen Kriminalität vor, ohne aber blindlings alle zu verdächtigen. Angemessen und effektiv sind gezielte Ermittlungen gegen verdächtige Personen und Gruppen, nicht aber die willkürliche Überwachung beliebiger Personen, die vollkommen unschuldig und ungefährlich sind. Stark ist nicht der ängstliche und überreagierende Staat, für den jeder Bürger eine Gefahr ist und der möglichst alles wissen und kontrollieren will. Stark ist der Staat, der die Rechte seiner Bürger verteidigt und gezielt ermittelt, wenn konkrete Ansatzpunkte vorliegen. 100-prozentige Sicherheit kann kein Staat gewährleisten, und wenn er es versucht, ist er kein freier und demokratischer Rechtsstaat mehr. Wer Schutz um jeden Preis will, müsste auch die Abschaffung des Straßenverkehr fordern, denn auch dieser kostet Menschenleben. In Wirklichkeit leben wir vergleichsweise sicher. Das Risiko, Opfer von ernsthafter Kriminalität oder gar Terrorismus zu werden, ist verschwindend gering – gerade auch im Vergleich zu anderen Lebensrisiken wie Krankheit, Verkehrsunfälle, Stürze, Armut oder Arbeitslosigkeit.

„Wer nichts zu verbergen hat, hat auch nichts zu befürchten“ – Auch wer sich nichts vorzuwerfen hat, muss zunehmend mit einschneidenden polizeilichen Maßnahmen rechnen. Schon ein (falscher) Verdacht oder ein Eintrag auf einer „Gefährderliste“ kann zu tiefgreifenden Maßnahmen wie Observationen, Wohnungsdurchsuchungen oder Befragungen des sozialen Umfelds führen. Diese Maßnahmen können zu Vorverurteilungen führen – oder was würden Sie denken, wenn zwei Polizeibeamte vor der Tür Ihres Nachbarn stünden und „einige Fragen zum Herrn Müller von nebenan“ hätten? Auch Fälle von Ein- und Ausreiseverweigerungen aufgrund von Namensverwechslungen und sogar irrtümlichen Tötungen durch Sicherheitskräfte sind schon vorgekommen.

ViSdP: Patrick Breyer, Wald-Michelbach vom Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung